

Veröffentlichungen
der
Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze.
Band 4.

Protokoll

über die

am 22. Januar 1906 in Braunschweig

stattgehabte

Generalversammlung

der

Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze.



Braunschweig.
Druck von Albert Limbach G. m. b. H.
1906.

Teilnehmer-Verzeichnis.

Lfd. No.	Name	Vertreter	Wohnort
A. Staatliche Behörden und Anstalten.			
1	Herzogl. Staatsministerium, Braunschweig	Geh. Baurat Brinckmann	Braunschweig
2	Königl. Regierung des Regie- rungsbez. Hildesheim	Reg.- u. Geh. Baurat Borchers	Hildesheim
3	Königl. Regierung des Regie- rungsbez. Lüneburg	Reg.- u. Baurat Jasmund	Lüneburg
4	»	Regierungsrat Rasch	»
5	Herzogl. Kammer, Direktion d. Domänen, Braunschweig	Regierungsrat Griepenkerl	Braunschweig
6	Fürstl. Kammer Wernigerode	Kammerpräsident Grisebach	Wernigerode
7	Kreisausschuß des Kreises Wolfenbüttel	Kreisdirektor Krüger	Wolfenbüttel
8	Kreisausschuß des Kreises Goslar	Geh. Regierungsrat Landrat Bredt	Goslar
9	Kreisausschuß des Land- kreises Celle	Landrat von Harlem	Celle
10	»	Hofbesitzer Thies	Bannetze
11	Kreisausschuß des Kreises Osterode	Landrat Schwendy	Osterode
12	Kreisausschuß des Kreises Zellerfeld	Landrat Loos	Zellerfeld
13	Kreisausschuß des Kreises Quedlinburg	Landrat von Jacobi	Quedlinburg
14	Kreisausschuß des Kreises Fallingbostal	Landrat Weyersberg	Fallingbostal
15	Herzogl. Baudirektion, Braun- schweig	Regierungsrat Boden	Braunschweig
16	»	Regierungsbaumeister Körner	»
17	Herzogl. Straßen- und Wasser- bauinspektion, Braunschw.	Baurat Körner	»
18	Herzogl. Straßen- und Wasser- bauinspektion, Wolfenbüttel	Baurat Praun	Wolfenbüttel
19	Herzogl. Landes-Ökonomie- Kommission, Braunschweig	Regierungsrat M. Griepenkerl	Braunschweig
20	Königl. und Herzogl. Kom- munion-Hüttenamt, Oker	Geh. Bergrat Bräunig	Oker
21	Herzogl. Technische Hoch- schule, Braunschweig	Professor Möller	Braunschweig
22	»	» Friedmann	»

Lfd. No.	Name	Vertreter	Wohnort
----------	------	-----------	---------

B. Gemeindebehörden und kommunale Anstalten.

1	Stadtmagistrat Braunschweig	Oberbürgermeister Retemeyer	Braunschweig
2	» »	Stadtrat Lange	»
3	Stadtmagistrat Wolfenbüttel	Stadtdirektor Floto	Wolfenbüttel
4	Magistrat der Stadt Goslar	Bürgermeister v. Garßen	Goslar
5	» » » Celle	Oberbürgermeister Denicke	Celle
6	» » » »	Fabrikbesitzer A. Haacke	»
7	» » » Osterode	Bürgermeister Dr. Hessel	Osterode
8	Gemeinde Oker a. H.	Gemeindevorsteher Hütteninspektor Palm	Oker a. H.
9	» Leiferde	Gemeindevorsteher W. Salle	Leiferde
10	» »	Landwirt O. Ebeling	»
11	» Vienenburg	Realgemeindevorsteher Hofbesitzer Baller	Vienenburg
12	» »	Gemeindevorsteher Leutnant a. D. Fracht	»
13	» Thale a. H.	Gemeindevorsteher Schönermark	Thale
14	» Ilsenburg a. H.	Gemeindevorsteher Barner	Ilsenburg
15	» Ölper	Gemeindevorsteher C. Köchy	Ölper
16	» »	Landwirt J. Sonnenberg	»
17	» Gr.-Schwülper	H. Jäger	Gr.-Schwülper
18	» »	Gemeindevorst. H. Grotewohl	»
19	» Veltenhof	Gemeindevorsteher Schulze	Veltenhof
20	» »	Kolonist Erich Hornig	»
21	» »	» A. Ding	»
22	» Hillerse	Gemeindevorst. C. H. Wesche	Hillerse

C. Korporationen und Vereine.

1	Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig	Geh. Kommerzienr. Max Jüdel, Präsident der Handelsk.	Braunschweig
2	» »	Kommerzienrat Dr. Schmidt, stellvertretender Präsident der Handelskammer	»
3	» »	Kommerzienrat Max Gutkind	»
4	» »	Regierungsrat Dr. Stegemann, Syndikus d. Handelsk.	»
5	» »	Dr. Kanter, Assistent der Handelskammer	»
6	» »	Henry Ed. Thoms, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	»
7	Handelskammer Goslar	Fabrikbesitzer Herm. Horn, Präsident der Handelsk.	Goslar
8	» »	Fabrikdirektor Dr. Pini	Schladen
9	Handelskammer für das Herzogtum Anhalt	Dr. Rausch, Syndikus der Handelskammer	Dessau
10	Handelskammer Göttingen	Kommerzienrat v. Allwörden	Osterode
11	Handelskammer Halberstadt	Dr. Frh. v. Boenigk, Syndikus der Handelskammer	Halberstadt
12	Handelskammer Hannover	A. Haake, Mitglied der Handelskammer	Celle
13	» »	F. W. Meyer, Mitglied der Handelskammer	Hameln

Lfd. No.	Name	Vertreter	Wohnort
14	Handelskammer Hannover	Dr. Rocke, Syndikus der Handelskammer	Hannover
15	Handwerkskammer f. das Herzogtum Braunschweig	Hoftischler C. Osterloh, Vors. der Handwerkskammer	Braunschweig
16	»	Assessor R. Baumgarten, Sekretär der Handwerksk.	»
17	Landwirtschaftl. Zentralverein des Herzogtums Braunschweig	Ökonomierat Dr. Pommer	»
18	Gesellschaft zur Förderung der Errichtung einer Talssperre im Sösetale	Fabrikant Quentin	Osterode a. H.
19	»	» Hans Schimpf	»
20	»	» Walter Schroeder	»
21	Straßeneisenbahn-Gesellschaft Braunschweig	Direkt. Major a.D. Ribbentrop	Braunschweig
22	Kanalverein f. Niedersachsen	Ingenieur E. Abshoff	Hannover
23	Martha Löbbekesches Fideikommiß Mahndorf	W. Hacke	Mahndorf b. Halberstadt
24	»	Justizrat Krüger	Halberstadt

D. Als Sachverständiger.

25	Bauinspektor Ziegler	Clausthal
----	----------------------	-----------

Herr Geh. Kommerzienrat Jüdel eröffnet um 10¹/₄ Uhr im Namen und Auftrage des vorbereitenden Ausschusses die Versammlung und heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Es sei ein verhältnismäßig großer Zeitraum seit der ersten Sitzung verflossen, doch seien viele Schwierigkeiten formeller Natur zu überwinden gewesen. Er bitte nunmehr, nicht allzu schwerwiegende Bedenken, damit man vorwärts komme, zurückzustellen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des vorbereitenden Ausschusses über seine bisherige Tätigkeit.

Berichterstatter: Herr Regierungsrat Dr. Stegemann (Braunschweig).

Der in der vorbereitenden Sitzung vom 20. Mai 1905 zu Bad Harzburg gewählte vorbereitende Ausschuss habe drei Sitzungen abgehalten, in welchen die Satzungen beraten und das Arbeitsprogramm festgestellt wurden. Der Gesellschaft gehörten jetzt an 12 staatliche Behörden und Anstalten, 20 Gemeindebehörden, 14 Korporationen und Anstalten, zusammen 46 Mitglieder mit Jahresbeiträgen von 3320 Mk. Außerdem habe das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten einen Beitrag von 3000 Mk. in Aussicht gestellt. Der Ausschuss habe sich inzwischen die Fachliteratur verschafft, Karten anfertigen lassen und sich mit wasserwirtschaftlichen Gesellschaften in Verbindung gesetzt und zwar mit dem Wuppertalsperren-Verein, dem wasserwirtschaftlichen Zentralbureau in Aachen und dem wasserwirtschaftlichen Verband für die westdeutschen Industrien. An die Königlichen Regierungen zu Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Magdeburg, Merseburg, Erfurt seien Gesuche gerichtet worden, die Landratsämter und die in Betracht kommenden Behörden zu veranlassen, die Gesellschaft bei der Durchführung ihrer Aufgaben, namentlich aber bei der Feststellung der Schäden und Ermittlungen der Nutzbarmachung der abfließenden Gewässer zu unterstützen. Gesuche gleichen Inhalts seien an die Herzoglichen Kreisdirektionen gegangen. Der preußische Handelsminister sei gebeten worden, Herrn Bauinspektor Ziegler (Clausthal) zu gestatten, der Gesellschaft als technischer Beirat zu dienen. An das Meteorologische Institut sei die Bitte gerichtet worden, die Meßstellen und die Messungsergebnisse, soweit sie das Harzgebiet betreffen, der Gesellschaft zugänglich zu machen. Die Angaben seien darauf der Gesellschaft

zur Verfügung gestellt worden. Ein Unterstützungsantrag des Martha Löbbekeschen Fideikommisses Mahndorf über die Regelung des Flußlaufes der Holtemme sei der Handelskammer Halberstadt überwiesen worden, die die Bildung einer Sektion für das Bodetal übernommen hat. Von dem Herrn Gemeindevorsteher Schönermark (Thale) sei der Antrag gestellt worden, möglichst auch den Ost- und Südharz zu berücksichtigen.

2. Feststellungen der Satzungen.

Berichterstatter: Herr Landrat Bredt (Goslar).

Herr Landrat Bredt weist unter Bezugnahme auf die Verhandlungen und Beschlüsse der Versammlung in Harzburg darauf hin, daß der Entwurf der Satzungen jetzt wenigstens äußerlich in wesentlich veränderter Gestalt vorliege, wenn auch die Beschlüsse jener Versammlung dem Sinne nach bei dem neuen Entwurf fast durchweg Berücksichtigung gefunden hätten. Die Änderungen seien einmal dadurch erforderlich gewesen, daß, nachdem die Versuche, der zu bildenden Gesellschaft die Rechte einer juristischen Person zu verschaffen, gescheitert wären, der Entwurf den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Gesellschaft hätte angepaßt werden müssen. Wenn auch der vorbereitende Ausschuß mit der Harzburger Versammlung es lieber gesehen hätte, wenn die Gesellschaft als rechtsfähiger Verein in das Vereinsregister hätte eingetragen werden können, so könne er doch aus dem Umstande, daß dies nicht möglich gewesen sei, keine Befürchtungen für die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft herleiten. Das Bürgerliche Gesetzbuch habe der Gesellschaft eine viel günstigere rechtliche Stellung gegeben, als dies wenigstens in dem Gebiete der gemeinen Rechte früher der Fall gewesen sei.

Indem das Bürgerliche Gesetzbuch die deutschrechtlichen Grundsätze über die Rechtsgemeinschaft zur gesamten Hand annahm, habe es das gemeinschaftliche Vermögen dem Gesellschaftszwecke unmittelbar dienstbar gemacht. Es könne hiernach durch Verfügung einzelner Gesellschafter das Gesellschaftsvermögen seiner Bestimmung nicht mehr entzogen werden, wie auch eine Zwangsvollstreckung in das Gesellschaftsvermögen nur auf Grund eines gegen alle Gesellschafter vollstreckbaren Schultitels erfolgen könne.

Weitere Änderungen hätten sich als notwendig erwiesen, um der Gesellschaft in ihren Organen möglichste Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit zu gewähren.

Dahin gehöre insbesondere die Ausmerzung des Ausschusses als eines Mittelgliedes zwischen der Mitgliederversammlung und dem Vorstande. Um allen Interessengruppen im Vorstande eine Vertretung zu gewährleisten, sei die Zahl der Mitglieder erhöht und ihm das Recht der Ergänzung gegeben worden. Ebenso habe man es nicht für richtig gehalten, von vornherein durch die

Satzungen Ausschüsse für bestimmte Zwecke als besondere Gesellschaftsorgane zu bilden, sondern dies dem Vorstande überlassen zu sollen geglaubt.

Berichterstatter bat schließlich, nur schwerwiegende Bedenken gegen den Entwurf der Satzungen zur Sprache zu bringen. Es seien über sie die eingehendsten Beratungen gepflogen und dabei alle möglichen Bedenken erörtert. Schließlich habe man sich über die Bestimmungen des Entwurfes geeinigt. Mißlich erscheine es auch, in einer so großen Versammlung in eine eingehende Beratung und Festsetzung von Einzelbestimmungen einzutreten.

Nach eingehender Besprechung des Satzungsentwurfes, an der sich besonders die Herren Oberbürgermeister Retemeyer, Stadtdirektor Floto, Regierungsrat Dr. Stegemann und Kammerpräsident Grisebach beteiligten, wurde er darauf mit folgenden Änderungen einstimmig angenommen: Der § 3 erhielt die Fassung:

»Ordentliche Mitglieder können werden:

- a) staatliche und gemeindliche Verbände, sowie Standesherrschaften;
- b) sonstige Vereinigungen des öffentlichen Rechts;
- c) solche privatrechtlichen Vereinigungen, deren Tätigkeit nach Ansicht des Vorstandes nicht den Zwecken der Gesellschaft zuwider läuft«.

Der Absatz 3 des § 4 wurde abgeändert in:

»Die Ausschließung kann insbesondere dann erfolgen, wenn die Voraussetzungen, unter denen der Eintritt zulässig, wegfallen, oder wenn ein Mitglied der Gesellschaft mit der Zahlung des Jahresbeitrages länger als sechs Monate trotz wiederholter Mahnung im Rückstande bleibt«.

Dem letzten Absatz des § 5 wurde folgende Fassung gegeben:

»Dem Vorstande können nur solche Personen angehören, die Vertreter von ordentlichen Mitgliedern oder außerordentliche Mitglieder sind«.

§ 10 wurde folgendermaßen gefaßt:

»Über die Auflösung der Gesellschaft beschließt die Mitgliederversammlung mit drei Viertel Mehrheit der anwesenden Stimmen.

Das nach Berichtigung der Schulden der Gesellschaft etwa verbleibende Vermögen der Gesellschaft wird für Landeskulturzwecke nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung verwendet«.

Die nunmehr endgültig festgestellten Satzungen sind dem Protokolle als Anlage beigelegt.

3. Wahl der Vorstandsmitglieder.

Es wurden gewählt die Herren:

Geh. Kommerzienrat Jüdel (Braunschweig),
Landrat Bredt (Goslar),
Kammerpräsident Grisebach (Wernigerode),
Fabrikbesitzer Haake (Celle),
Bürgermeister Dr. Hessel (Osterode),
Ökonomierat Rotbart (Triangel),
Kreisdirektor Krüger (Wolfenbüttel),
Regierungsrat Dr. Stegemann (Braunschweig),
Mühlenbesitzer F. W. Meyer (Hameln),
Kommerzienrat Meyer (Silberhütte),
Landrat von Jacobi (Quedlinburg),
Rittergutsbesitzer von Kaufmann (Linden bei Wolfenbüttel).

Als Stellvertreter:

Oberbürgermeister Retemeyer (Braunschweig),
Fabrikbesitzer Horn (Goslar),
Oberforstmeister von Eschwege (Wernigerode),
Landrat von Harlem (Celle),
Fabrikant Quentin (Osterode a. H.),
Hofbesitzer Thies (Celle),
Stadtdirektor Floto (Wolfenbüttel),
Syndikus Dr. Rocke (Hannover),
Stadtrat Kämpfer (Halberstadt),
Bürgermeister Krause (Harzgerode),
Landrat Loos (Zellerfeld),
Rittergutsbesitzer Feldmann (Frankenfeld).

4. Bildung von Ausschüssen.

Berichterstatter: Herr Kreisdirektor Krüger (Wolfenbüttel).

In § 6 der soeben genehmigten Satzungen findet sich die Bestimmung:

»Der Vorstand ist befugt, zur Erörterung bestimmter Fragen besondere Ausschüsse einzusetzen«.

Diese Bestimmung ist sehr wichtig. Ohne die Bildung von Ausschüssen wird der Vorstand die ihm obliegenden Geschäfte kaum ordnungsmäßig erledigen können und in den Ausschüssen wird sich ein gut Teil der zu erledigenden praktischen Arbeit abspielen.

Der Vorstand hält die Bildung von drei Ausschüssen für angezeigt:

1. eines technischen Ausschusses,
2. eines wirtschaftlichen Ausschusses,

3. eines landschaftlichen Ausschusses, d. h. eines Ausschusses, welcher bei der Anlage von Stauweihern Vorschläge für die landschaftliche Einrichtung der Umgebung der Stauweiher und für die Verschönerung der Stauweiheranlage selbst zu machen hätte.

Wie stellt sich nun die Arbeit des Vorstandes zu den Arbeiten der einzelnen Ausschüsse, welche Arbeiten liegen den einzelnen Ausschüssen ob und wie regelt sich die Arbeit der einzelnen Ausschüsse unter einander?

Selbstverständlich kann die Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse an dieser Stelle nur ungenügend im allgemeinen Rahmen angegeben werden; man wird sich auch gegenwärtig halten müssen, daß demnächst die praktische Arbeit und die dabei gewonnenen Erfahrungen die Ausgestaltung und Arbeitsart der Ausschüsse wesentlich beeinflussen und ausgestalten werden.

Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß die Tätigkeit der Gesellschaft nicht nur auf die Anlage von Talsperren, sondern allgemein auf die Förderung der Wasserwirtschaft im Harze gerichtet ist. Dieses Ziel ist das weitere. Denn wenn auch eine Besserung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Harze wohl zumeist durch Anlage von Talsperren herbeigeführt werden kann und wird, so doch nicht ausschließlich. Es kann eine Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse z. B. noch herbeigeführt werden durch die Korrektur eines Flußlaufes, an welche sich dann wieder eine Melioration der angrenzenden Äcker und Wiesen anschließen kann usw.

Es können also auch Anträge und Anregungen dieser Art an den Vorstand gelangen; der Vorstand braucht auch gar nicht auf von außerhalb kommende Anträge und Anregungen zu warten, er kann auch aus eigener Initiative an die Bearbeitung einzelner Projekte herangehen.

Gelangen derartige Anregungen und Anträge an den Vorstand, so würde derselbe im allgemeinen zu prüfen haben:

1. paßt das Projekt in den Rahmen der von der Gesellschaft auszuführenden Arbeiten?
2. erscheint es nach einer allgemeinen Prüfung der unterliegenden Verhältnisse ratsam, der Sache näher zu treten?

Glaubt der Vorstand beide Fragen bejahen zu können, so überweist er die Angelegenheit den Ausschüssen zur weiteren Bearbeitung.

Es wird alsdann

1. der technische Ausschuß die Frage zu erörtern haben: Ist das Projekt technisch — und in welcher Form am besten — durchführbar? Er bearbeitet das Projekt weiter bezw. läßt dasselbe durch einzelne Sachverständige bearbeiten und ermittelt die erwachsenden Kosten. Im Verlaufe dieser Arbeiten würde der Ausschuß zugleich auch diejenigen weiteren

Arbeiten zu erledigen haben, welche sich bei den Verhandlungen über die Ausführung des Projekts als durch dasselbe notwendigerweise bedingt herausstellen. Ich rechne hierher z. B. die Verhandlungen mit den zuständigen Behörden über Wegeverlegungen, Abtretung von Grundstücken und dergleichen.

2. Der wirtschaftliche Ausschuß prüft die wirtschaftlichen Unterlagen des Unternehmens und sucht zu ermitteln, ob und welche Rentabilität für die Anlage anzunehmen ist. Bei der Frage der Rentabilität ist wesentlich mit zu berücksichtigen und daher tunlichst eingehend festzustellen der Umfang der bisher eingetretenen Schädigungen, nach welchen das Interesse zu bemessen ist, welches die dem betreffenden Flußgebiete anliegenden Grundbesitzer, Gemeinden und Kreise an der Ausführung des Unternehmens haben. Auch wird er die Verwertung der aufgespeicherten Wasserkraft für industrielle Unternehmungen, insbesondere auch die Umwandlung der vorhandenen Wasserkräfte in elektrische Kraft zu berücksichtigen haben.

Selbstverständliche Voraussetzung ist: daß die Ausschüsse in dauernder Verbindung miteinander arbeiten. Denn es darf nicht der Fall eintreten, daß ein Projekt von dem wirtschaftlichen Ausschusse auf Grund eingehender und zeitraubender Ermittlungen als rentabel und aussichtsvoll empfohlen, von dem technischen Ausschusse aber als technisch nicht ausführbar bezeichnet wird oder umgekehrt: daß der technische Ausschuß nach genauer, umfangreicher und kostspieliger Untersuchung ein Unternehmen als technisch sehr wohl durchführbar zur Ausführung empfiehlt, welches der wirtschaftliche Ausschuß — ebenfalls nach eingehenden Ermittlungen — als wirtschaftlich unrentabel bezeichnet. Die Arbeitsgebiete der beiden Ausschüsse grenzen auf weiten Strecken eng aneinander bzw. gehen ineinander über; lediglich die Vielseitigkeit und der Umfang der Arbeiten lassen die Trennung in zwei gesonderte Ausschüsse sachgemäß erscheinen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die beiden Ausschüsse sich gegenseitig ergänzen und fördern werden. Man kann in dieser Beziehung meines Erachtens das Weitere ruhig der Zukunft und der Praxis überlassen.

Der dritte Ausschuß — der landschaftliche Ausschuß, kurz gesagt — wird erst dann in Tätigkeit treten, wenn z. B. bei einer Talsperre nach den Ermittlungen der anderen beiden Ausschüsse und den weiteren Verhandlungen des Vorstandes die Ausführung des Unternehmens in greifbare Nähe gerückt sein wird. Er wird zunächst die Veränderungen des landschaftlichen Bildes festzustellen haben, welche durch Ausführung des Projekts veranlaßt und nach Fertigstellung desselben eintreten werden. Er wird zu prüfen haben, ob diese Veränderungen eine Verminderung der

landschaftlichen Schönheit zur Folge haben und er wird alsdann weitere Vorschläge über die Gestaltung der Umgebung und der Talsperren selbst zu machen haben. Insbesondere wird er auch sein Augenmerk darauf zu richten haben, daß die angesammelte Wasserkraft nicht einseitig und ausschließlich für industrielle Zwecke verwandt wird, daß vielmehr — ich verweise hier als Beispiel auf das Okertal — eine hinlängliche Wassermenge ständig zur Verfügung bleibt, um den das Gebirgstal entlang ziehenden Flußlauf mit Wasser zu versorgen.

Kommen die Ausschüsse im Laufe ihrer Ermittlungen und Arbeiten zu der Überzeugung, daß ein Projekt aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen zur Ausführung nicht zu empfehlen sei, so werden sie sich weiterer Arbeiten zu enthalten und das Ergebnis ihrer Ermittlungen dem Vorstande zu übermitteln haben. In der Regel werden sie ihre Arbeiten nach Abschluß derselben dem Vorstande abzuliefern haben.

Spätestens in diesem Stadium wird der Vorstand der Generalversammlung von der Sachlage Mitteilung zu machen haben. Im allgemeinen wird man als Regel ansehen können: der Vorstand hat der Generalversammlung von einem einzelnen Unternehmen zum mindesten dann Mitteilung zu machen, wenn es sich um die Fassung verbindlicher Beschlüsse handelt.

Selbstverständlich wird schon im Laufe der vorstehend skizzierten Verhandlungen und Ermittlungen die Frage zu erörtern sein, von wem das Unternehmen eventuell zur Ausführung zu bringen sei. Denn es ist daran festzuhalten, daß der Zweck der Gesellschaft nicht darauf gerichtet ist, einzelne Projekte auszuführen, sondern, daß sie sich satzungsgemäß darauf zu beschränken hat, die Ausführung derartiger Unternehmungen vorzubereiten.

Sache des Vorstandes würde es dann sein, diese Frage zum Abschluß zu bringen. Hiermit ist alsdann die Tätigkeit des Vorstandes in der Hauptsache abgeschlossen, aber nicht vollständig. Denn wenn ein Unternehmer für die Ausführung eines bestimmten Projekts gefunden ist, so ist die Sache damit noch nicht spruchreif. Es beginnen nunmehr die Verhandlungen des Unternehmers mit den zuständigen Behörden, um die Erlaubnis zur Ausführung der Anlage zu erhalten. Meistens wird es sich zunächst um die Erlangung eines Wassernutzungsrechtes an dem betreffenden Flußlaufe handeln.

Auch die Verhandlungen der Behörden werden noch eingehend und zeitraubend sein. Denn die Behörden werden einmal das vorgelegte Projekt nach der technischen und wirtschaftlichen Seite hin nachzuprüfen und sie werden ferner zu erwägen und unter einander zu erörtern haben, welche gesetzliche Unterlage dem Unternehmen zu geben sei.

Sache des Vorstandes würde es sein, den Behörden das bereits vorhandene Material zur Verfügung zu stellen und zugleich nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß das Unternehmen nicht

einseitig ausgenutzt werde, sondern daß der gemeinnützige Zweck, welcher der Gesellschaft Anlaß zur Einleitung und Vorbereitung des Unternehmens gegeben hat, auch bei der Durchführung des letzteren gewahrt bleibe.

Wie groß die Zahl der Mitglieder der einzelnen Ausschüsse zu bemessen sei, hängt von der Entscheidung des Vorstandes ab. Vielleicht wäre eine Zahl von 10 bis 15 angemessen. Den Ausschüssen wird die Befugnis zu erteilen sein, sich durch Zuwahl zu ergänzen und Unter-(Lokal-)Ausschüsse einzusetzen. Letzteres wird sich als unbedingt notwendig namentlich dann herausstellen, wenn dem Ausschüsse gleichzeitig mehrere Projekte zur Bearbeitung überwiesen sind, da dann naturgemäß der Kreis der Interessenten und der beteiligten Behörden bei den einzelnen Projekten ein verschiedener ist.

Diese in vorstehendem kurz skizzierten Aufgaben der Ausschüsse werden dem Vorstande zugleich als Anhalt dienen für die Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse.

In den technischen Ausschuß, welcher neben den Fragen der Wasserbautechnik, der Flußregulierung, auch die überaus wichtige Frage der Abwasserführung und der allgemeinen Hygiene (Grundwasserstand!) zu erörtern haben wird, müßten tunlichst Personen hindelegiert werden, welche diese Fragen sachverständig beherrschen; in den wirtschaftlichen Ausschuß würden Architekten, Vertreter der Landwirtschaft und Industrie, Vertreter der beteiligten Städte und Landgemeinden, in den landschaftlichen Ausschuß Forstbeamte, Wasserbaubeamte etc. zu wählen sein.

Dieses sind in der Hauptsache und kurz zusammengefaßt die Erwägungen, von welchen sich der Vorstand bei seinem Vorschlage, Ausschüsse einzusetzen, hat leiten lassen. Die praktische Arbeit wird am besten zeigen, wie man vorzugehen hat. Die Hauptsache ist, daß mit der praktischen Arbeit nun bald begonnen wird, damit auf so viele Worte nun auch einmal Taten folgen.

Nach kurzer Debatte genehmigte darauf die Versammlung die Vorschläge des Referenten.

5. Beratung und Feststellung der in Angriff zu nehmenden Aufgaben der Gesellschaft.

Berichterstatter: Die Herren Regierungsrat Dr. Stegemann (Braunschweig) und Bauinspektor Ziegler (Clausthal).

Herr Regierungsrat Dr. Stegemann führt aus, daß die Arbeiten der Gesellschaft eine Zweiteilung zweckentsprechend erscheinen lassen. Es sei grundsätzlich zu unterscheiden zwischen den der Gesellschaft zustehenden allgemeinen informatorischen Aufgaben einerseits und den praktischen Vorarbeiten für besondere Stauweiher andererseits. Bei den ersteren könne es sich nicht um lokale Untersuchungen handeln, dieselben hätten sich vielmehr auf den gesamten Harz und, da die Harzflüsse auch weitere Gebiete

berühren, auch über diesen hinaus zu erstrecken, damit, wenn in irgend einem Teile des Harzes der Gedanke der Anlage von Stauweihern oder sonstigen Wasserregulierungen aufträte, die allgemeinen zeitraubenden Wassermessungen usw. nicht erst vorgenommen werden müssten. Die allgemeinen, den ganzen Harzkomplex und die angrenzenden Täler umfassenden Arbeiten würden bestehen:

1. In Messungen der Niederschlags- und Abflußmengen zwecks Feststellung der Wasserkräfte der Flüsse.
2. In der Feststellung der regelmäßig durch die ungeordnete Wasserwirtschaft entstehenden Schäden (Abbröckeln und Zernagen der Ufer, die Mitführung von Geschiebe und Gerölle in das Unterland, die Abspülung der Humusdecke der Äcker, die Versandung und Versumpfung der Wiesen, die Vernichtung der Feldertragnisse, die Beschädigung von Dämmen, Deichen, Brücken und Wegen und die Unterwassersetzung ganzer Ortschaften).
3. In der Feststellung derjenigen Maßnahmen und Einrichtungen, durch welche die Schäden beseitigt oder vermindert werden können.
4. In der Feststellung des Nutzens, der durch eine zweckmäßige Verwendung der überschüssigen Wasserkräfte erzielt werden kann:
 - a) für allgemeine Kulturinteressen: Flußregulierungen, allgemeine Hebung der Erwerbstätigkeit;
 - b) für die Landwirtschaft: billige Kraftgewinnung, Be- und Entwässerung;
 - c) für die Forstwirtschaft: Bewässerung;
 - d) für die Fischerei: Erhöhung des normalen Wasserstandes;
 - e) für die Industrie: regelmäßige Triebkraft, Abwasserableitung durch Erhöhung des normalen Wasserstandes, Nutzwasser bei Färbereien und Brauereien;
 - f) für die Schifffahrt: Regulierung der Flußläufe;
 - g) für das Handwerk: billige Kraftgewinnung;
 - h) für Städte und Ortschaften: Trink- und Nutzwasser, Abwasserableitung durch Erhöhung des normalen Wasserstandes, billige Kraftgewinnung für Beleuchtungszwecke.

Was die einzelnen Projekte betreffe, so komme hierfür zunächst das Weser- und Elbegebiet in Betracht. Die unmittelbare praktische Arbeit bestehe darin, aus dem gesamten Flußsystem die Projekte herauszunehmen, die reif, dringend und besonders aussichtsvoll erscheinen. Es erscheine zweckmäßig, zunächst den Anfang mit einigen bestimmten Projekten zu machen, und zwar sei es zu empfehlen, an das bereits vorliegende Talsperrenprojekt für die Oker heranzutreten. Dasselbe sei zur Vorberatung an die technische Kommission zu überweisen, während die wirtschaftliche Kommission mit der Untersuchung der wirtschaftlichen Interessen be-

traut werden müsse. Für das Leinegebiet sind gleichfalls bereits Vorarbeiten gemacht worden; als das spruchreifeste und wirtschaftlich günstigste sei hier das Projekt für die Söse zu bezeichnen. An dritter Stelle komme das Bodegebiet in Betracht, für welches auch bereits Vorarbeiten vorlägen. —

Das Referat des Herrn Bauinspektors Ziegler lautete wörtlich folgendermaßen:

Meine Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen ein Bild der technischen Schwierigkeiten und Aufgaben vorzuführen, die unserer harren. Ich hoffe, damit Ihnen die Aufstellung des Programms — des Schlachtplans zur siegreichen Überwindung dieser Schwierigkeiten — zu erleichtern.

Ich schicke voraus, daß schon ein recht ansehnliches Fundament für unseren Bau geschaffen ist, daß ein reichhaltiges Material vorliegt und daß es sich zum Teil nur um Ergänzung, Prüfung und Sichtung desselben handelt.

Es sei mir gestattet, zunächst einige allgemeine Betrachtungen über die einschlägigen Verhältnisse vorzutragen.

Ich muß leider mit der Erschaffung der Welt anfangen. Aber erschrecken Sie nicht, ich bin gleich wieder in der Gegenwart.

1. Meteorologische Grunderscheinungen.

Die Ursachen derselben.

Unsere natürliche Wasserwirtschaft wird bedingt durch die Oberflächengestaltung der Erde und die Temperaturveränderungen und Strömungen der sie umgebenden Atmosphäre.

Die Höhen und Tiefen der Erdoberfläche haben sich durch die Hebung und Senkung, die Faltung und Zusammenschiebung der erkaltenden Erdrinde, beeinflußt durch die Exzentrizität der Pole und vulkanische Ausbrüche, gebildet. Nachdem die Feuer- und Revolutionszeit der Erde in der Hauptsache vorüber war, trat als Hauptregent das Wasser in sein Recht. Das Wasser schliff und schuf aus dem vorhandenen Relief sich ein Abflusssystem, dessen gegenwärtigen Zustand wir in unseren Flußsystemen vor uns haben. Die treibende Kraft blieb auch hier die Wärme der Sonne und der Erde.

Wir verdanken es diesen Wärmequellen, daß sich das Wasser aus dem festen und flüssigen Zustande in den dampfförmigen verwandelt. Es ist nunmehr reisefertig und kann von den ebenfalls durch Wärme in Bewegung gesetzten Luftströmungen transportiert werden, bis es bei Abkühlung wieder zu Boden fällt.

Die Schwerkraft veranlaßt dann weiterhin das Herabströmen des Wassers von den hochgelegenen Teilen der Erde nach dem Meere unter Benutzung von Abflußrinnen, welche in tausendjähriger Arbeit gegraben sind. Dieser Kreislauf ist die Vorbedingung allen organischen Lebens auf dem Festlande, die Vorbedingung unserer natürlichen Wasserwirtschaft.

2. Die Einzellerscheinungen des Kreislaufs.

So klar und einfach die Gesetze dieses Vorgangs vor Augen liegen, so verwickelt sind die Einzellerscheinungen. Gerade in diese aber müssen wir uns vertiefen, wenn wir mit Vorteil einen Eingriff in dieselben machen wollen.

a) Grenzen des menschlichen Einflusses.

Unsere Herrschaft über das Wasser beginnt erst in dem Augenblicke, wo es sich in flüssiger Form niedergeschlagen, zu kleinen Quellen, Bächen und Flüssen vereinigt hat.

Sie beschränkt sich auch im allgemeinen auf das in größeren Meereshöhen kondensierte Wasser, denn nur dieses können wir mit Hilfe der Schwerkraft nach Gefallen auf tiefer liegende Gebiete verteilen oder ihm durch Maschinen einen Teil seiner Kraft abnehmen. — Das Wasser fließt eben von selbst nur bergab. Wir können weiterhin nicht etwa wie ein Kaufmann Menge, Beschaffenheit, Lieferzeit, Erfüllungsort, Art der Lieferung, ob brutto oder netto, für unsere Ware — das Wasser — bestimmen. Unsere Lieferanten sind windige Kunden. Es sind die Winde selbst, welche unter dem Einfluß der Sonne die Feuchtigkeit von allen Wasserflächen zusammenstehlen.

In welcher Menge, in welcher Form, wann und wo sie dieselbe wieder fallen lassen, das hängt nicht von uns ab.

Uns bleibt nur übrig, durch fortgesetzte Beobachtungen weniger die Gesetzmäßigkeit dieser Erscheinung, als die Grenzen der Unregelmäßigkeit örtlich festzustellen.

Die Beobachtungen bestehen in Messungen der Niederschlags- und Abflußmengen.

b) Die Messung der Niederschläge.

Unter Niederschlägen verstehen wir alles, was an Feuchtigkeit vom Himmel kommt: Tau, Nebel, Regen, Schnee, Graupel, Hagel.

Denken Sie sich ein Gefäß mit wagerechter Auffangfläche, also etwa einen zylindrischen Topf, im Freien aufgestellt, so werden Sie nach einer bestimmten Zeit, etwa nach 24 Stunden, eine mehr oder weniger starke Wasserschicht in demselben bemerken — falls atmosphärische Niederschläge stattgefunden haben.

Die Höhe dieser Schicht ist die Niederschlagshöhe für den betreffenden Tag. Tatsächlich werden im ganzen Deutschen Reiche an über zweitausend Stellen die Niederschlagshöhen beobachtet. Sie ergeben für die Monatstage und Jahrestage addiert die monatlichen und jährlichen Niederschlagshöhen.¹⁾ Je enger das Netz der Beobachtungsstellen, um so genauer wird man die mittlere Höhe der Wasserschicht feststellen können, die über den Beobachtungsgebieten niedergegangen ist.

¹⁾ Im Harz werden über 1,3 m, in ganz Deutschland 0,7 m, in einigen Niederungen bis herab zu 30 und weniger Centimeter Niederschlagshöhe im Jahresdurchschnitt beobachtet.

c) Begriff des Niederschlagsgebietes.

Als solche interessieren uns vor allen die Niederschlagsgebiete bestimmter Stellen unserer Flußläufe.

Das Niederschlagsgebiet irgend einer beliebigen Stelle eines beliebigen Flußlaufes umfaßt die ganze Fläche oberhalb, welche ihr Wasser dieser Stelle zuschickt.

Jeder Tropfen, der in dem Niederschlagsgebiete abfließt, muß die Stelle vermöge des allmählich auf der Erdoberfläche ausgebildeten Abflußsystems passieren.

Die Grenzen der Niederschlagsgebiete werden als Wasserscheiden bezeichnet. Die Grenzen und die Flächeninhalte lassen sich aus einer Karte mit Höhenlinien, also z. B. einer Generalstabskarte, feststellen.

d) Die Berechnung der Niederschlagsmengen.

Wir brauchen also, um die Niederschlagsmengen kennen zu lernen, nur die Niederschlagshöhen mit der Fläche des zugehörigen Niederschlagsgebietes zu multiplizieren.

e) Die Beziehungen zwischen Niederschlags- und Abflußmengen.

Wenn nun alle Feuchtigkeit, die vom Himmel dem Niederschlagsgebiete zufällt, auch zum Abfluß gelangte, so hätten wir mit der Bestimmung der Niederschlagsflächen und Höhen allein schon gewonnenes Spiel.

Tatsächlich lehrt aber die Erfahrung, daß die Abflüsse den Niederschlägen nicht direkt proportional sind, sondern daß sie, durch Verdunstung, Versickerung und den Pflanzenwuchs um einen großen Prozentsatz vermindert, durch den Frost um größere Zeitabschnitte verzögert werden.

Die Niederschläge stellen eben nur den Bruttobetrag, die Abflußmengen den Nettobetrag des zur Verfügung stehenden Wassers dar.

f) Die Messung der Abflußmengen.

Erst durch unmittelbare Messung der Abflußmengen, die mittels geeigneter Vorrichtungen an der uns interessierenden Stelle eines Flußlaufs — beispielsweise an der Baustelle einer Sperrmauer — vorgenommen werden, erhalten wir auf den Kubikmeter genau die Wasserführung des Flusses.

g) Der Abflußkoeffizient der Niederschlagsmengen.

Sind nun sowohl die Niederschlagsmengen, als auch die Abflußmengen eines Gebietes beobachtet, so ist aus diesen beiden Zahlen der Prozentsatz des Abflusses, der sogenannte Abflußkoeffizient, für bestimmte Zeiträume leicht zu berechnen.

Mit Hilfe dieser Erfahrungszahl kann für ein ähnlich liegendes Gebiet, wo in gleichen Zeiträumen nur die viel einfacher und billiger zu ermittelnden Niederschlagshöhen festgestellt wurden, mit einiger Wahrscheinlichkeit die Abflußmenge geschätzt werden.

h) Die praktische Anwendung des Abflußkoeffizienten.

Dieser Umstand ist für uns außerordentlich wichtig. Die einzigen Abflußmessungen auf dem Nordhang des Harzes sind meines Wissens diejenigen, welche von der Preußisch-Braunschweigischen Kommunion-Berginspektion am Rammelsberge seit sechs Jahren für das Wintertal auf meine Veranlassung ins Werk gesetzt sind.

Sie haben zur Berechnung der Abflußkoeffizienten gedient, welche, mit den Niederschlagsmengen des Okergebietes multipliziert, die Abflußmengen der Oker ergeben.

Auf ihnen baut sich das Projekt der Landesanstalt für Gewässerkunde auf. Daher kommt es, daß der Bau und Betriebsplan des Okertalsperrenprojektes mit verhältnismäßig großer Sicherheit in Bezug auf die Höhe des Staues, die Menge des aufzuspeichernden Wassers, die Größe des zu erwartenden Nutzens und des zu verhütenden Schadens das Richtige trifft.

3. Die Notwendigkeit der Abflußmessungen
für Talsperren.

Meine Herren! Aus dem letzten Satze werden Sie entnehmen, warum ich mich bemüht habe, Ihnen die Wichtigkeit der genauen Kenntnis der Abflußmengen und Zeiten — des *régimés*, wie der Franzose sagt — eines abzusperrenden Flusses auseinanderzusetzen.

Eine Talsperre ist gewissermaßen eine große Wasserspar-kasse, das Wasser ist unser Betriebskapital, die Zu- und Abflüsse stellen den Umsatz dar.

Wie groß muß nun, mit Rücksicht auf die zu erwartenden Wassermengen, die Größe des Niederschlagsgebietes, die Lage der Sperrstelle und die örtlichen Verhältnisse, der Inhalt der Spar-kasse, d. h. die Höhe des Staues und das Fassungsvermögen des Beckens sein?

Sie wissen, ein wie teures Möbel eine solche Talsperre ist.

Welche Verschwendung wäre es, dieselbe so groß zu machen, daß sie vielleicht nur ganz ausnahmsweise einmal voll-läuft.

Wie verkehrt wäre es aber auch, sie von vornherein zu klein anzulegen. Eine vollständige Beherrschung und Ausnutzung der Wassermengen wäre dann auf ewig ausgeschlossen, weil eine nachträgliche Verstärkung und Erhöhung der Mauer beinahe un-ausführbar ist.

Hauptsächlich die Kenntnis der Wasserführung eines Flusses an der Sperrstelle versetzt uns in die Lage, die Frage nach der Größe des Beckeninhaltes zu beantworten und die damit in Zu-sammenhang stehenden Aufgaben einigermaßen richtig zu lösen: Ein Instrument zu schaffen, mit welchem nach Lage der Sache, unter Aufwendung der geringsten Mittel, das Möglichste aus dem Niederschlagsgebiete herausgeholt werden kann.

4. Erste Aufgabe: Wassermessungen.

Daraus, meine Herren, ergibt sich unsere nächste Aufgabe, die Einrichtung von Meßstellen für unsere Harzflüsse. Ihre Zustimmung vorausgesetzt, sollen sich diese zunächst auf die Oker, die Ecker, die Radau und die Bode, sowie auf die Söse erstrecken. Nach Maßgabe der Kräfte und Mittel werden sie auf die übrigen Harzflüsse ausgedehnt werden.

Gleichzeitig soll auch die Vermehrung der Regenmeßstationen im Harz ins Auge gefaßt werden, weil die Beobachtung der Niederschlagshöhen ein billiges Mittel ist, einen Schluß auf die Abflußmengen zu ziehen.

Wir dürfen mit diesem Vorgehen auch keinen Augenblick verlieren, weil der Nachweis der erfahrungsgemäß verfügbaren Wassermengen die Grundlage jeden Projektes bildet und die Ausführung jedesmal um die Zeit der Gewinnung dieser — auch von den staatlichen Prüfungsbehörden geforderten — Unterlagen hinausgeschoben wird.

5. Zweite Aufgabe: Auswahl der Sperrstellen.

Eine zweite Aufgabe, an welcher schon mit gutem Erfolge gearbeitet ist — ich nenne nur die Talsperrengesellschaft Hannover für die Bode, die Landesanstalt für Gewässerkunde für das Okergebiet und die Stadt Osterode für die Söse —, besteht darin, für unsere Harzflüsse diejenigen Stellen zu ermitteln, wo unter Aufwendung der geringsten Opfer an Zeit und Geld die den Abflußgebieten angemessensten Stauräume geschaffen werden können.

Jedes Tal läßt sich an jeder Stelle durch einen quer hindurchgezogenen Damm in ein ungeheures Gefäß verwandeln.

Zur Anlage eines solchen Gefäßes sucht man sich aber natürlich ein solches Tal und eine solche Stelle des Tales aus, wo einerseits das Loch, was die Natur gelassen hat (und damit die auf künstliche Weise herzustellende Schlußwand), möglichst klein wird und wo sich andererseits oberhalb der Talenge das Tal möglichst weit ausbaucht und flach ansteigt, um mit einem verhältnismäßig unbedeutenden Bauwerk eine möglichst große Wassermenge aufstauen zu können.

Man berücksichtigt dabei, soweit zugänglich, daß man nicht etwa ganze Ortschaften, Bergwerke, wertvolle Kulturen und dergl. unter Wasser setzt oder kostspielige Eisenbahn- und Wegeverlegungen auszuführen hat.

Für die Baustelle der Mauer selbst ist unbeweglicher dichter Felsuntergrund in der Sohle und an den Hängen in nicht zu großer Tiefe unter Erdoberfläche unerläßliche Vorbedingung. Die Nähe bzw. die bequeme Anfuhr der Baumaterialien ist von Wichtigkeit.

Die Unterlagen für die Beurteilung dieser Verhältnisse gewähren zunächst Höhen- und Eigentumskarten, ergänzt durch

Aufnahme von Längs- und Querprofilen, örtliche Besichtigungen, geologische und Bodenuntersuchungen.

Die Lösung beider Aufgaben, der Wassermessungen und der Auswahl und Untersuchung der Sperrstelle und des Staubeckens, bildet die Grundlage — die technische Vorarbeit — für die dritte Aufgabe: Die Aufstellung des Entwurfs und der Kostenanschläge.

6. Dritte Aufgabe: Entwürfe und Kostenanschläge als Grundlage der Rentabilitätsberechnung und Beitragsleistung.

Auch mit diesen müssen wir uns soweit beschäftigen, als es der Nachweis der technischen und finanziellen Möglichkeit der Anlage verlangt.

Der große und unbestrittene allgemeine Nutzen, den jede Talsperre für den Ausgleich der Hoch- und Niedrigwassermengen bietet, reicht meist nicht hin, um aus öffentlichen Mitteln Gelder für den Bau zu erlangen.

Es wird allermindestens gefordert werden, daß die zunächst Beteiligten, die Werksbesitzer und Uferanlieger, ihr Interesse durch eine entsprechende Beitragsleistung bekunden.

Die meisten von Ihnen, meine Herren, werden, ehe Sie sich zu finanziellen Opfern bereit erklären, wissen wollen, wie hoch dieselben schlimmstenfalls werden können und in welcher Weise der aus der Anlage zu gewinnende Nutzen dem Beitrage entspricht.

Auf Grund der Ermittlungen, die ich Ihnen als notwendig schilderte, wird man die Höhe der Zinsen und Tilgung des Anlagekapitals und die geringfügigen Unterhaltungs- und Betriebskosten für eine Talsperre mit derselben Genauigkeit veranschlagen können, wie für jeden anderen Bau und Betrieb.

Ebenso läßt sich der Ertrag des Kraftgewinnes durch den Stau der Sperre selbst, den Verkauf von Gebrauchs- und Trinkwasser, die Verpachtung von Fischerei-, Gastwirtschafts-, Eis-, Sportbetrieb usw. schätzen.

Es ist also der Unterschied dieser beiden Summen, welcher im Laufe der Zeit sehr wohl verschwinden, ja sogar noch einen **Überschuß** ergeben kann, vorläufig voraussichtlich durch Beiträge zu decken.

Als Grundsatz für die Verteilung der Lasten ist anzunehmen, daß die jährlich aufzubringende Summe nach dem Nutzen eines jeden Interessenten zur Umlage gelangt.

Der Grundsatz ist aber leichter auszusprechen, als in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die billige Festsetzung der Beiträge ist die schwierigste Aufgabe, die uns bevorsteht, wenn nicht Opferwilligkeit und Gemeinsinn, der große Kreis der Beteiligten und die Geringfügigkeit der Summen an sich sie uns erleichtern.

7. Die Organisation ähnlicher Bestrebungen.

Ich bin heute nicht im stande, Ihnen Vorschläge in dieser Beziehung zu machen. Die Unterlagen für solche zu schaffen, ist ja erst der Zweck der heutigen Versammlung.

Ich möchte aber Ihren Blick auf die Bestrebungen im Westen Deutschlands lenken, welche, den unseren ähnlich, schon zu großen Erfolgen geführt haben.

a) In den Reichslanden.

Der Altmeister des Talsperrenbaues in Deutschland nach modernen Grundsätzen ist ohne allen Zweifel Herr Ministerialrat Fecht in Straßburg.

Angeregt durch die ungeheuren Erfolge der französischen Talsperren, sind zuerst in den Reichslanden unter staatlicher Leitung und größtenteils auf Staatskosten derartige Anlagen entstanden.

Außer einer einmaligen Pauschsumme werden von den Interessenten nur geringe Beiträge erhoben.

b) An der Wupper.

Die großen Schwierigkeiten, welche dem Bau von Talsperrenanlagen durch Genossenschaften im Wege stehen, zu überwinden, gelang Intze für das Wuppergebiet.

Diese Schwierigkeiten erwachsen für jeden besiedelten Flußlauf durch die Eigentums- und Berechtigungsverhältnisse der Anlieger, die Verschiedenartigkeit der Interessen und der Leistungsfähigkeit.

An dem Oberlauf der Wupper z. B. herrschen kleine Anlagen, Pulver-, Getreide-, Knochenmühlen vor.

Von Wipperfürth bis Barmen-Elberfeld einschließlich nimmt die Textil-Industrie — die Spinnereien, Webereien, Färbereien — das Wupperwasser als solches und als Kraftquelle in Anspruch. Die genannten Städte brauchen es zu den mannigfachsten Zwecken.

Im Unterlauf finden sich die Schlefkotten der Remscheider und Solinger Stahl-Industrie, landwirtschaftliche Betriebe, welche das Wasser zum Berieseln verwenden, vielleicht sogar einige Schiffe und Flöße.

Dazu kommt, daß der ganze Flußlauf zur Aufnahme der Abwässer und einschließlich der Nebenflüßchen zur Entnahme von Trink- und Gebrauchswasser dient.

Der Wassermangel zieht an sich und durch die Verschlechterung der Beschaffenheit des Wassers unerträgliche Zustände nach sich; das sehr stürmische Hochwasser richtet unglaubliche Verwüstungen an.

Diese Zustände wurden von allen ohne Ausnahme aufs schmerzlichste empfunden und die Möglichkeit, durch Talsperren Abhilfe zu schaffen, aufs freudigste begrüßt.

Wie aber sollte die verhältnismäßig unbedeutende Summe für die Verzinsung und die Betriebskosten der Bauten verteilt werden?

Wie sollte der Vorteil jedes einzelnen der vielen Interessenten im Laufe eines Jahres gerecht festgestellt werden?

Daß ein bedeutender Zuschuß zur natürlichen Wasserführung des Flusses auf Kosten der Schadenwassermenge geleistet werden könne, stand wohl fest.

Der ungefähre Verlauf der Wasserführung der Wupper und der Einfluß des Sperrwasserzuschusses ließ sich aber nur innerhalb sehr weiter Grenzen voraussagen.

Auf welchen Einheitspreis sollte sich nun die Beitragsleistung einer Mühle, einer Weberei, eines Fischereiberechtigten, eines Wiesenbesitzers, einer städtischen Trinkwasserversorgung gründen?

Wie hoch sollte der Schaden bemessen werden, den die Anlieger durch Zerstörung, Überschwemmung oder Versandung bei Hochwasser oder durch Verseuchung und Verpestung der Umgebung bei Niedrigwasser erlitten?

Wie sollte endlich der Veränderlichkeit aller dieser Umstände im Laufe eines Jahres, geschweige denn auf eine Reihe von Jahren hinaus Rechnung getragen werden?

Meine Herren! Es ist ein großes Verdienst des Herrn Geheimrat Intze, daß er einen sehr geistreichen und sehr verwickelten Kostenverteilungsplan aufstellte, der einigermaßen der Billigkeit entsprach.

Es ist aber auch ein ehrendes Zeugnis für den Gemeinsinn und die Intelligenz der Beteiligten, daß sie sich diesem Plane im Interesse der Sache unterwarfen.

Auf Grund der Intzeschen Vorarbeiten und des Antrags der Majorität der Wupperinteressenten gelang die Durchbringung eines Gesetzes zur Bildung einer Zwangsgenossenschaft und der Bau war zu aller Vorteil gesichert.

c) An der Roer in der Eifel.

Weit einfacher gestaltete sich die Finanzierung der Urfttalsperre, zu deren Bau und Ausnutzung sich mehrere Kreise, unter anderen Stadt- und Landkreis Aachen, vereinigten, schon weil die Anlage voraussichtlich die Verzinsung durch Kraftgewinn aufbringen wird.

d) An der Ruhr in Westfalen.

Verwickelter wiederum ist der Betrieb der Ruhrtalsperren-genossenschaft.

Auf letzteren Fluß ist so ziemlich das ganze Industriegebiet angewiesen.

Im Jahre 1904 wurden aus demselben durch die Wasserwerke über 200 000 000 cbm entnommen, so daß bei Trockenheit die Pumpstationen zu versagen drohten und bei dem fortwährend steigenden Bedarf für die Zukunft unabsehbare Folgen vorausgesagt werden konnten.

Denken Sie sich das Industriegebiet nur auf Tage oder Wochen ohne Wasser! Es wäre wie ein Körper ohne Blut.

Unter Mitwirkung der Regierung, die einer so furchtbaren Eventualität vorbeugen mußte, ist im Jahre 1898 der Ruhrtalsperrenverein zu stande gekommen. Seine Aufgabe ist es, die Menge und Beschaffenheit des Niedrigwassers der Ruhr durch Talsperrenanlagen zu verbessern.

Von Anfang an ist dies dadurch geschehen, daß Talsperren-interessentschaften im Ruhrgebiet durch Übernahme eines kleineren oder größeren Teils der Zinslast subventioniert wurden.

Neuerdings will der Verein auch Talsperren in Regie bauen.

Er läßt, wie auch wir es beabsichtigen, Untersuchungen über die Möglichkeit und Nützlichkeit von Talsperrenanlagen ausführen.

Erbaut sind bereits neun Talsperren mit rund 31 000 000 cbm Inhalt, im Bau und projektiert vierzehn mit 96 000 000 cbm Inhalt.

Hierbei ist die in Aussicht genommene Möhnetalsperre mit 110 000 000 cbm Wasser — der Hälfte des gegenwärtigen Jahresbedarfs — nicht berücksichtigt.

Die Wasserwerke, welche im Niederschlagsgebiete der Ruhr selbst liegen, also dem Fluß wenigstens das Ab- und Gebrauchswasser wieder zuführen, werden nur mit 75 bzw. 15 Pfg. pro 1000 cbm besteuert.

Dagegen ist der Preis für das Wasser, welches fremden Flußgebieten zugeführt wird — 152 000 000 cbm etwa drei Viertel der Gesamtmenge im Jahre 1904 —, mit 15 Mk. für 1000 cbm bemessen.

Die Besitzer von Triebwerken bezahlen für den Meter ihres Gefälles und die Million Kubikmeter des ihnen zu gute kommenden Stauraums 20 Mk. das Jahr.

Es entspricht dies ungefähr einer Nutzpferdekraft an 300 Tagen zu 10 Stunden im Jahre, bei einmaliger Füllung des Stauraumes. Das sind $\frac{2}{3}$ Pfg. für die Pferdekraftstunde. Für eine Maschinenpferdekraftstunde kann man das Drei- bis Zehnfache dieses Betrages rechnen.

e) In Schlesien.

Auch die schlesischen Talsperren haben für uns eine gewisse vorbildliche Bedeutung, weil sie hauptsächlich auf Kosten des Staates und größerer politischer Verbände erbaut wurden.

f) Schlußfolgerungen.

Meine Herren! Sie sehen, aller dieser Unternehmungen Zweck ist derselbe: Zurückhaltung der schädlichen Hochwassermengen für die Zeit des Mangels. Das Mittel ist überall das gleiche: die Talsperre. Die Interessen an dem Ausgleich der Wassermengen aber sind so mannigfaltig wie die Bedeutung des Wassers für das menschliche Leben.

Es wäre deshalb verfehlt, wenn wir uns sklavisch nach einem oder dem anderen Vorbilde richten wollten.

Wir sind vielmehr alle berufen, die gegenwärtigen Verhältnisse unserer Flußbezirke aufs eingehendste zu studieren, und gezwungen,

uns — den Blick auch auf die Zukunft gerichtet — denselben anzu-
bequemen.

Ohne weiteres können wir schon jetzt sagen, daß bei uns
die Verhältnisse zugleich einfacher und schwieriger liegen als
anderwärts.

Einfacher, weil die Eigentums- und Berechtigungsverhältnisse
im Gebirgslauf der Harzflüsse viel weniger verwickelt sind.

Schwieriger, weil der Wert der Wasserkraft und des Wassers
selbst ein geringerer, die Notwendigkeit der Verhütung des Hoch-
wassers und des Wassermangels nicht eine so überwältigend
zwingende ist.

Schwieriger auch, weil uns die Kapitalkraft und der Unter-
nehmensgeist eines Industriegebietes nicht zu Gebote stehen.

Aber auch unseren Gebieten steht eine solche Entwicklung
bevor.

Das Land hat meines Erachtens Ursache, Ihrem Weitblick,
meine Herren, welcher diese Bewegung zur Verbesserung der
Wasserwirtschaft angeregt hat und mit Unterstützung der Re-
gierungen durchführen will, dankbar zu sein.

Wir werden das, was andere unter dem Zwange der bittersten
Not ausführten, mit viel weniger Härten und Opfern auf zweck-
mäßigere Weise erreichen können.

Wir werden Vorsorge treffen, daß die Entwicklung der
Industrie und Landwirtschaft eine geregelte Wasserwirtschaft
bereits vorfindet.

Wir werden durch die Sicherung der Ufergrundstücke,
namentlich vor plötzlichen, die Erträge gefährdenden Sommer-
hochwassern, die gleichmäßige Lieferung von Kraft bzw. Wasser
für die Industrie nicht nur die Einkünfte, sondern auch den
Wert der Ufergrundstücke erheblich steigern. Diese gewisse
Aussicht, die geringere Pression, unter der wir arbeiten, die
anderweit gesammelten Erfahrungen, welche wir benutzen, die
großen Wassermengen, Stauräume und Gefälle, welche uns zur
Verfügung stehen, das Wohlwollen und die Unterstützung der
Staatsbehörden werden unsere Bestrebungen unter Überwindung
aller Schwierigkeiten zum Ziele führen.

Da die Zeit inzwischen sehr vorgeschritten war, wird in eine
Erörterung dieses Punktes der Tagesordnung nicht eingetreten.

6. Festsetzung des Ortes und der Zeit der nächstjährigen Hauptversammlung.

Es wurde beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung im
Herbst in Goslar stattfinden zu lassen.

Mit Worten des Dankes schloß Herr Geh. Kommerzienrat
Jüdel die Sitzung gegen 2 Uhr nachmittags.

Satzungen

der

Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze.

§ 1. Name und Sitz.

Unter dem Namen »Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze« wird ein Verein mit dem Sitze in Braunschweig für zunächst dreißig Jahre gegründet.

§ 2. Zweck und Aufgabe.

Zweck der Gesellschaft ist:

- a) die Beseitigung oder Herabminderung der Schäden, welche durch unregelmäßigen Abfluß der Gebirgswässer innerhalb und außerhalb des Harzes entstehen,
- b) die Nutzbarmachung der abfließenden Wässer für die Zwecke der Gemeindevirtschaft, der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, des Handwerks, der Industrie, Schifffahrt

zu fördern.

Zur Durchführung dieses Zweckes sammelt sie einschlägigen Stoff und gibt auch selbständige Veröffentlichungen heraus, die sämtlichen ordentlichen wie außerordentlichen Mitgliedern unentgeltlich zugestellt werden. Sie regt ferner die Inangriffnahme der sich als notwendig oder zweckmäßig erweisenden Stauweiher und ähnlichen Unternehmungen an und ist bei ihrer Einrichtung und Durchführung behilflich.

§ 3. Mitgliedschaft und Jahresbeitrag.

Ordentliche Mitglieder der Gesellschaft können werden:

- a) staatliche und gemeindliche Verbände, sowie Standesherrschaften, b) sonstige Vereinigungen des öffentlichen Rechts, c) solche privatrechtlichen Vereinigungen, deren Tätigkeit nach Ansicht des Vorstandes nicht den Zwecken der Gesellschaft zuwiderläuft.

Außerordentliches Mitglied kann jede Privatperson werden.

Der Beitrag für die ordentlichen Mitglieder beträgt mindestens 30 Mk. jährlich, für die außerordentlichen mindestens 10 Mk. jährlich. Die Beiträge werden für jedes Geschäftsjahr im voraus im Laufe des April von den Mitgliedern eingezogen.

§ 4. Eintritt und Austritt der Mitglieder.

Der Beitritt zur Gesellschaft geschieht durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstande, der über die Aufnahme zu beschließen hat. Die Aufnahme ist dem Nachsuchenden schriftlich mitzuteilen. Der Austritt erfolgt gleichfalls durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstande.

Um den Zusammenhang der Arbeiten zu sichern, ist der Austritt der Mitglieder nur unter Einhaltung einer zweijährigen Kündigungsfrist zulässig.

Die Ausschließung kann insbesondere dann erfolgen, wenn die Voraussetzungen, unter denen der Eintritt zulässig, wegfallen oder wenn ein Mitglied der Gesellschaft mit der Zahlung des Jahresbeitrags länger als sechs Monate trotz wiederholter Mahnung im Rückstande bleibt.

Über die Ausschließung beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 5. Die Organe der Gesellschaft.

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Mitgliederversammlung, bestehend aus sämtlichen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern;
2. der aus zwölf Personen bestehende Vorstand, dem das Recht der Ergänzung zusteht. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Geschäftsjahren gewählt und wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und den Rechnungsführer.

Für jedes Vorstandsmitglied ist von der Mitgliederversammlung ein Stellvertreter zu wählen, der auch in Fällen vorübergehender Verhinderung des von ihm zu vertretenden Vorstandsmitgliedes in Tätigkeit treten kann.

Scheidet während dieses dreijährigen Zeitraums ein Vorstandsmitglied oder ein Stellvertreter aus, so erfolgt eine Neuwahl nur für die bis zur Beendigung des dreijährigen Zeitraums noch laufende Zeit.

Dem Vorstande können nur solche Personen angehören, die Vertreter von ordentlichen Mitgliedern oder außerordentliche Mitglieder der Gesellschaft sind.

§ 6. Der Vorstand.

Die Führung der laufenden Geschäfte steht dem Vorstande zu. Er faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Der Vorstand ist befugt, zur Erörterung bestimmter Fragen besondere Ausschüsse einzusetzen.

§ 7. Die Mitgliederversammlung.

Nur die ordentlichen Mitglieder haben Stimmrecht, die außerordentlichen Mitglieder haben beratende Stimme. Das Stimmrecht

der ordentlichen Mitglieder bemißt sich nach der Höhe ihres Jahresbeitrages, und zwar derart, daß auf einen Jahresbeitrag von mindestens 30 Mk. eine Stimme, von mindestens 50 Mk. zwei, von mindestens 100 Mk. drei und von mindestens 300 Mk. und darüber vier Stimmen entfallen. Jedes ordentliche Mitglied kann soviel Vertreter zur Mitgliederversammlung abordnen, als es Stimmen hat.

Mehrere Stimmen sind jedoch nur durch den stimmführenden Vertreter abzugeben, welcher dem Vorstande vorher namhaft zu machen ist. Beteiligte Behörden können bei den Beratungen sich vertreten lassen.

Im Monat Juni jeden Jahres findet eine Mitgliederversammlung statt, in der der Vorstand über das vergangene Geschäftsjahr Rechnung zu legen und über die Tätigkeit der Gesellschaft Bericht zu erstatten hat. Die Mitgliederversammlung erteilt dem Rechnungsführer Entlastung und stellt den Haushaltsplan für das neue Geschäftsjahr fest.

Die Mitgliederversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit.

Nach Bedarf können weitere Mitgliederversammlungen einberufen werden. Der Vorstand muß eine solche einberufen, wenn ein Zehntel der auf die ordentlichen Mitglieder entfallenden Stimmen die Berufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.

Die Berufung der Mitgliederversammlung erfolgt durch den Vorstand. Die Einladung der Mitglieder geschieht mindestens 14 Tage vorher durch besonderes Schreiben, in dem die Tagesordnung mitzuteilen ist.

In der Versammlung führt der Vorsitzende des Vorstandes den Vorsitz. Über die Verhandlungen ist ein Protokoll zu führen, in welches die Beschlüsse der Mitgliederversammlung aufzunehmen sind. Das Protokoll ist von mindestens drei Mitgliedern des Vorstandes zu unterzeichnen.

§ 8. Geschäftsjahr.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März. Das erste Geschäftsjahr endet am 31. März 1906.

§ 9. Ausscheiden von Gesellschaftern.

Durch das Ausscheiden eines Gesellschafter wird das Fortbestehen der Gesellschaft nicht berührt.

Die ausscheidenden Gesellschafter haben keinen Anspruch auf das Gesellschaftsvermögen.

§ 10. Auflösung der Gesellschaft.

Über die Auflösung der Gesellschaft beschließt die Mitgliederversammlung mit drei Viertel Mehrheit der anwesenden Stimmen.

Das nach Berichtigung der Schulden der Gesellschaft etwa verbleibende Vermögen der Gesellschaft wird für Landeskulturzwecke nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung verwendet.